

# Volkswacht

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43.

Redaktion: Harz 42/43.

### Krise des Schachers.

#### Vierzehn gegen vierzehn!

Mit vierzehn gegen vierzehn Stimmen hat die Finanzkommission des Reichstages am Sonnabend den Antrag der Konserverativen, als Ersatz für die Erbschaftsteuer von der Regierung die Vorlage eines Reichswertzuwachssteuergesetzes zu fordern, abgelehnt.

Mit vierzehn gegen vierzehn Stimmen fiel auch der Antrag der Freisinnigen, der die Ausarbeitung einer Erbschaftssteuer-Vorlage forderte.

Beschlossen wurde auf Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung die Regierung zur Ausarbeitung einer Wertzuwachssteuer auf Immobilien und zu Erhöhungen über eine Wertzuwachssteuer auf bewegliches Kapital aufzufordern. Dieser Beschl. wurde jedoch nicht angenommen. Dieser Beschl. wurde jedoch nicht angenommen. Dieser Beschl. wurde jedoch nicht angenommen.

Die vierzehn Mann, die für den konserverativen Antrag Dietrich einzutraten und dann den freisinnigen Erbschaftssteuerantrag ablehnten (Konserverative, Zentrum, Polen), präferieren den schwarz-schwarzen Bloß, also eine innerlich ziemlich gleichförmige Gruppe von Rechten und Linken, wobei der Unterschied der Konzeption und Rationalität gegenüber der Unrechtsartigkeit der Berufsinteressen nicht im Bewußtsein fällt.

Einzel fähig nachmit. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis monatlich 60 Pf. ... Die neue Welt (Anzeigungsvertrag), kann die Post nicht befragen, kostet monatlich 10 Pf. ...

qualifizierbaren, progressiven Reicheinkommen und Reichsvermögensteuer zum Gegenstand haben; II. Die Gesetzesvorlagen über die Nachlasssteuer und das Erbrecht des Staates zunächst zur Beratung zu stellen.

Der Antrag wurde mit allen (1) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt! Die positive Arbeit unserer Partei, das Volk vor neuen Belastungen auf Lebens- und Genüßmittel zu bewahren, dafür aber die reichen Einkommen und Vermögen von Reichs wegen zu besteuern, wurde wiederum von sämtlichen bürgerlichen Parteien verehrt.

Dann kam der Antrag der Reichspartei als Erentualantrag zum Antrag Dietrich zur Zustimmung. Er will in dem Antrag der Konserverativen die Besetzung der Wertzuwachssteuer als „Ersatzsteuer für die Erbanfallsteuer“ beseitigen. Dieser Antrag wurde gegen Freisinnige und Nationalliberale abgelehnt.

Nun wurde die Zustimmung über den konserverativen Antrag Dietrich, eine Reichswertzuwachssteuer als „Ersatz der Erbanfallsteuer“ einzuführen, die Erbanfallsteuer aber zu beseitigen, vorgenommen. Für den Antrag Dietrich stimmten die vier Konserverativen, acht Zentrumsmitglieder und zwei Polen, zusammen vierzehn, dagegen die vierzehn Mitglieder aller anderen Parteien. Der Antrag wurde also mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Hierauf kam der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung zur Zustimmung, der eine Resolution darstellt. Der erste Teil, der die verbündeten Regierungen zur unzüglichen Ausarbeitung einer Wertzuwachssteuer auf Immobilien auffordert, wurde einstimmig angenommen. Der zweite Teil, der sie auffordert, in Erwägungen darüber einzutreten, wie zum Ausgange der den Grundbesitz belastenden Wertzuwachssteuer eine entsprechende Besteuerung des Grundbesitzes an dem entsprechenden Kapitalvermögen erfolgen könne, wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Von dem Antrage der Freisinnigen wurde der erste Teil, der die Ausarbeitung einer Erbschaftssteuer-Novelle fordert, mit Stimmengleichheit abgelehnt, da wiederum Konserverative, Zentrum und Polen mit ihren vierzehn Stimmen die Besteuerung der Erben verbündeten. Der zweite Teil, der die progressive Vermögenssteuer fordert, wurde mit sechzehn gegen zwölf Stimmen abgelehnt, dafür stimmten mit den Freisinnigen die Nationalliberalen und die Sozialdemokraten, während Konserverative, Zentrum, Polen und auch die Reichspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung dagegen stimmten.

Der Antrag der Nationalliberalen auf Erweiterung der bestehenden Erbschaftsteuer wurde mit der gleichen Stimmengleichheit abgelehnt.

Von freisinniger und nationalliberaler Seite wurde sodann beantragt, den Beschluß der Steuerkommission unzugänglich an das Plenum zu bringen, damit dies zu der völlig neuen Forderung einer Reichswertzuwachssteuer, die das Haus noch nicht beschäftigt hat, Stellung nehmen kann; aber Konserverative, Zentrum und Polen stimmten wiederum dagegen und verbündeten somit diesen Beschluß.

Die Nord. Allgem. Ztg. tut jetzt auf einmal sehr gefährlich. Sie schreibt:

Die Lage ist bitter ernst. Die Finanzreform, die eine vom deutschen Volke mit größter Entschiedenheit geforderte, unauflösbare Notwendigkeit bedeutet, ist trotz immer wiederholter Anläufe und Versuche während der letzten sechs Monate im Parlament nicht weiter gekommen. Im ganzen genommen sind wir nicht wesentlich weiter als Anfang November. Der Sommer steht vor der Tür. Die Reform muß jetzt erledigt werden. Das Volk verlangt es vom Reichstag. Das Ausland blickt mit Spannung auf uns. Die alsbaldige Erledigung ist zur nationalen Ehrensache geworden. Entgeht sich die Mehrheit des Reichstags dieser Aufgabe, so sind die Folgen unbeschreiblich.

Gegen die Junker noch immer kein Wort! Sondern immer noch wird der alte Schwindel fortgesetzt und das Volk gegen den Reichstag ausgewechselt. Das brave Volk will eine halbe Milliarde neuer Steuern zahlen, der alte Reichstag weigert sich. Ist eine solche Anberbathung als offizielle Wahlparole für den Fall einer Reichstagsauflösung denkbar?

Von einer möglichen Reichstagsauflösung spricht auch ein Aufsatz, den der geschäftsführende Ausschuss der Freisinnigen Volkspartei verfaßt. Weiter heißt es:

Wir empfehlen, auf den bevorstehenden Parteitag und in sonstigen Parteiverfassungen im Einklang mit der Haltung der Reichstagsfraktion einmütig und entschieden zum Ausdruck zu bringen, daß die Freisinnige Volkspartei für eine baldige und gründliche Reform der Reichsfinanzen eintritt und zur Mitarbeit bereit ist, daß sie aber eine ausreichende Weisheitsleistung durch den Ausbau der Erbschaftsbesteuerung als unabweisbare Vorbereitung für das Zustandekommen der Reform erachtet und jeden Versuch, bei der Reichsfinanzreform agrarische Sonderinteressen zur Geltung zu bringen, als eine Gefährdung des für die Zukunft des Reichs entscheidenden Wertes zurückweist.

Mit andern Worten, die Freisinnigen sind bereit, als Verteiliger von Bier, Branntwein und Tabaksteuern, als Regierungstruppe in den Wahlkampf zu gehen und hoffen, mit Regierungshilfe den Konserverativen ein paar Mandate abnehmen zu können.

Auch die Konserverativen machen mobil. Mit Zustimmung des fünfziger-Ausschusses der Partei veröffentlicht die „Konserverative Korrespondenz“ einen Aufruf an die Freunde im Lande, worin gesagt wird, daß die Konserverativen eine Ausbeutung der Erbschaftsbesteuerung auf Kinder und Ehegatten, wie sie von den verbündeten Regierungen geplant ist, gemäß oft gefaßten Beschlüssen ablehnen müssen, aber — wie es zumutlich — zur Annahme aller indirekten Steuern bereit sein. Weiter heißt es u. a.:

Wir kämpfen auch nicht gegen die Person des leitenden Staatsmannes, dessen große Verdienste auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten und der Wirtschaftspolitik wir unumwunden anerkennen.

Damit wird nur bekräftigt, was wir schon oft sagten, daß nämlich Herr Bülow ein unsicherer Rantoniist und heimlicher Feind der Erbschaftsteuer, dafür aber ein desto ergebener Diener der Konserverativen ist. Zum Schluß wird der Aufruf ganz pathetisch und verächtlich:

Niemals war es konserverative Art, unseren beruflichen Vertretern die Gefolgschaft zu verweigern, ja hienächstig zu werden gegenüber kritischen Entscheidungen. Es ist in der Tat eine ernste Stunde für unsere Partei. Bleiben wir unerzitterlich fest bei dem als richtig Erkannten.

Die Junker wissen, mit wem sie es zu tun haben. Sie wissen, daß sie ein entschieden antikonserveratives Regiment, ein Regiment radikaler Maßnahmen, vor dem freilich ihre Macht schillernd wie Schnee in der Sonne geschmelzen würde, in Deutschland einzuführen nicht zu befürchten haben. Die Ausföhrung des 3. des Wahlgesetzes für den Reichstag, die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise, würde ein Gegenstoß gegen die neue konserverative Herrschaft sein, der sie für alle Zeit vernichten würde. Aber hat ein Mensch in liberalen Kreisen — von Regierungskreisen gar nicht zu reden — an eine solche wirklich einschneidende Maßregel auch nur gedacht!

#### Man lasse das Volk entscheiden!

Obgleich die Verwirrung der Lage unangehört ist, kann man nicht sagen, ob Herr Bülow ruhig fortzurufen, oder ob er endlich einmal ein Konsequenzenmacher sein will. Den Konserverativen soll Bülow ja gesagt haben, daß er nur eine Finanzreform vom Bloß wolle, ein Verlangen, dem gegenwärtig jeder reale Vobeh steht. Der „Wochenkurier“ erzählte: Reichstagslangler Fürst Bülow hat den Führern der Konserverativen gegenüber zu ungewöhnlichem Ausdruck gebracht, daß er eine Finanz- und Steuerreform aus den Händen des Zentrums und der Polen nicht entgehen lassen werde. Aus der Haltung der Konserverativen werde er die Konsequenzen ziehen. Ob diese Konsequenzen in dem Rücktritt des Reichstagslanglers oder in der Auflösung des Reichstags bestehen werden, ist noch nicht bestimmt.

Wenn diese Nachricht richtig ist, dann ist der konserverative Wahlaufruf umso verständlicher.

Die Sozialdemokratie fordert, daß das Volk allein entscheiden soll, wer die Lasten zu tragen habe, die die kapitalistischen Parteien durch ihre wahnwitzigen Militär-, Marine- und Kolonialpolitik aufhäuften. Reichstagsauflösung, Volksurteil!

### Politische Uebersicht.

Halle, den 3. Mai 1909.

34 und 35.

Die Tage vor dem November kehren wieder. Wilhelm II. richtete an den Bulgaren-Fürstendom aus Sofia dieses persönliche Telegramm:

In der Gewißheit, daß Deine Regierung in loyaler Weise für die Sicherstellung der deutschen materiellen Interessen an der Neueingelung der Orientbahnfrage eintritt, habe ich Meinen Vertreter beauftragt, Dir die Anerkennung Meiner Regierung zur (?) Unabhängigkeit Deines Landes auszusprechen.

Der Ton dieses Telegramms hat, wie aus Sofia gemeldet wird, dort eine gewisse unfreundliche Stimmung hervorgerufen, was den Abföhrer gleich übertraf. Er glaubte nicht, sein Telegramm fiele glücklicherweise zu haben, er hat sich aber über die Wirkung seiner persönlich ausgesprochenen Versicherungen wieder einmal getäuscht. In Bulgarien fragt man sich, ob Wilhelm II. die Lokalität der bulgarischen Regierung auszuweisen, ob er die von anderen Mächten bedingungslos zugesicherte Anerkennung der bulgarischen Unabhängigkeit von Bedingungen abhängig machen wolle und sagt auch sonst noch allerlei.

Im November des vorigen Jahres wurde Wilhelm II. von allen bürgerlichen Parteien, voran den Konserverativen, gebeten, die auswärtige Politik der verantwortlichen Regierung zu überlassen und keine persönliche gefaßten Staatspolitik unter-

Einzel fähig nachmit. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis monatlich 60 Pf. ... Die neue Welt (Anzeigungsvertrag), kann die Post nicht befragen, kostet monatlich 10 Pf. ...

Nach der Kaiserkrise vom letzten November haben wir die Parlamentskrise. Die gemäßigten alten Regierungsformen, persönlichen Regimente mit wechselnden Bevollmächtigten in der Reichstag, verlangen den Dienst, aber demokratisch-parlamentarischen Formen überzugehen, dazu fehlt Wille und Kraft. Bureaucratie und Militarismus funktionieren wie ein gut geöhrtes Schwamm, werden und rufen den Schein einer gewissen Ordnung hervor, während sich die Reichsteilung im Zustande einer Auflösung grenzenden heillosen Verwirrung befindet.

#### Die Abstimmungen.

Die langen Diskussionen, die in den beiden letzten Sitzungen der Finanzkommission des Reichstags geführt wurden, haben nicht Neues und nichts Interessantes. Dagegen sind die Abstimmungen doch so wichtig, daß wir ein genaues Bild davon über den Antrag der Sozialdemokratie abgeben.

Die Kommission wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu eruchen, als Ersatz für die borgefchlagenen indirekten Steuern auf Lebens- und Genüßmittel:

- I. a) eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die eine Besteuerung des Wertzuwachses bei Grundstücken und Wertpapieren zum Gegenstand hat;
- b) Gesetzesvorlagen auszuarbeiten, die die Einführung einer

antwortheilich Ausgebungen zu erlassen. Der Reichstagler hätte die bekannte geheimnisvolle Unterredung mit Wilhelm und tat dann so, als ob sein Herz die Bitte seiner loyalen Untertanen erhört hätte. Letzten November, aber jetzt ist schon wieder Mai.

**Das rebellierende sog. „Herrenhaus“.**  
Am preussischen sogenannten Herrenhaus stand am Freitag das Parlament auf. Nachdem es am Donnerstag beim Verberedeungsgefes der Regierung eine scharfe Resolution bereitet hatte, sollte es am Freitag zu einem bestimmten Beschluß nicht nur gegen die Regierung, sondern gegen den König von Preußen aus, der in der Thronrede bei Eröffnung des Landtags in feierlicher Form den Beamten ein neues Wohnungsgesetz mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1908 ab verheißt hatte. Mit diesem „Königswort“ sprangen die erlauchenden Herren recht unfsam um. Ihre Zustimmung hätte nämlich rückwirkende Kraft für Wohnungs-gesetzgebungen geschrien, weil es an den nötigen Mitteln zur Deckung fehlte. Herr v. Heintzenberg hatte sich die Dedung durch die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommen- und Er-gänzungssteuer gebahrt, wobei die rückwirkende Kraft, so daß die Zuschläge erst von diesem Jahre ab zur Erhebung gelangen. Der als Vizepräsident un-rückmüßig bekannte Premier Oberlandesgerichtspräsident von Sarnow spielte den freiwilligen Regierungskommissar und be-trugte, die rückwirkende Kraft ab 1908 wieder herzustellen. Ihm schloßerte die Finanzminister, der, als nichts mehr ziele wollte, die Thronrede als letzten Trumpf ausspielte. Ihre Anknüpfung hätte den Beamten die Erwartung bereitet, daß nun auch der Landtag den Beamten die rückwirkende Kraft zurück werden lassen würde. Gegen diese Argumentationen wandte sich — es gefehle Zeichen und Wunder — der Minister der Königlich Preussischen Kammerherren Graf v. Wedel, der zwar dadurch sein Geheißens geliebte, daß er frisch und feil behauptete, vom Wohnungs-gesetz sich nicht im Wort in der Thronrede, der aber um so schärfer gegen eine Rede des Abgeordneten des Staatsmini-steriums, des Herrn v. Bethmann-Hollweg, vom Leber zog, weil dieser sich den Inhalt der Thronrede zu eigen gemacht hatte. Inzwischen hatte man Herrn v. Heintzenberg den Wortlaut der Thronrede gebracht und er verlas dem durch höchst merkwürdig dreifachendenden Herrn v. Wedel Wort für Wort, was in der Thronrede über den Wohnungsgesetz steht. So auf frischer Zeit erlapp, beugte sich sofort Herr v. Wedel vor dem Wort seines Königs und Herrn und zog seinen Widerspruch gegen die rückwirkende Kraft zurück.

Anders Graf Finz v. Finckenstein. Dieser feindselige Junker, geküßelt aus dem Holze berer von Dieb-Daber und von Oldenburg, entwidelte mit erfreulicher Offenheit seine Anschauungen vom Wesen des Parlamentarismus, die manchem Liberalen als Vorbild dienen können. Daß natürlich nach Herrn v. Finckenstein die Macht des Parlaments nur gefährd-lich ist, wenn die Kaiser der Abgeordneten zu schonen, ist selbstverständlich, aber hier nebenbei. Es ist durchaus folgerichtig, wenn Herr v. Finckenstein sagte, daß eine Anknüpfung in der Thronrede das Parlament in seiner Weisung findet. Anders liegen die Dinge bei der Regierung. Die Re-gierung müßte zur Wahrung ihrer Autorität die in der Thronrede angeführten Gesetze vertreten. Es wird abzu-warten bleiben, ob sie jetzt sich den Junkern hinter den bis-mal auch die Oberbürgermeister stehen, unterwerben oder ob sie die Durchföhrung eines Königswortes verhindern wird. Der Antrag Sarnow wurde natürlich abgelehnt, dagegen wurde ein Antrag v. Wedel-Biesdorf angenommen, der dem Abgeord-netenhaus wenigstens etwas entgegenkommt. In Konse-quenz dieser Beschluß wurde auch im Verberedeungsgefes für die Weisungsbildung die rückwirkende Kraft ab 1908 geschrien. Auf diese Beschlüsse, welche recht pikantes Debiten, brachte der Freitag noch die Beschlüsse des Reichstages. Das Herrenhaus hatte den Beschluß des Abgeordnetenhauses über die Steuerzusage dahin abge-ändert, daß die Zuschläge nicht nur für die nächsten drei Jahre, sondern vorläufig dauernd bis zur organischen Neuregelung preussischer Steuererhebung erhoben werden sollen. In dieser dauernden Erhebung sah Graf Mirbach eine zu große Belastung des Volkes und beantragte daher den Abgeordneten-hausbeschlus wiederzuziehen. Er benutzte die Begründung des Antrags um einen Ausfall gegen die Professoren Delbrück

und Adolf Wagner, die den Konserativen ein Dorn im Auge sind. Er benutzte die bei den Gaaren herbeigezogene Gelegen-heit auch zu einer Verteidigung der bekannten Verfassung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, die natürlich eine Er-findung der bösen liberalen Presse ist. In der lieblichen Sprache preussischer Junker sprach er von „nichtwürdigen Darstellungen“, die den Zweck hätten, gegen die Konserativen zu behen. Dabei hat Graf Mirbach selbst den Vorfall in jener Verfassung geföhrt und er hat sich selbst von Adolf Wagner sagen lassen müssen, daß die Verfassung durchaus gutzufind-moeren. Professor v. Schmalzer verteilte seine angegriffenen Kollegen. Er hob die Bedeutung Adolf Wagners als Finanz-wissenschaftler hervor und sprach die äußerliche Erwartung aus, daß Deutschland ebenso wie die anderen Kulturländer zu einer tüchtigen Erbschaftsteuer kommen werde. Mehrwürdig-weise verworf er den Gedanken einer Reichssteuerzusage. Graf Mirbach wußte in seiner Erwiderung weiter nichts zu sagen, als den Vorfall zu verlesen, den er nach der Verfassung an Adolf Wagner gerichtet und in dem er den Gelehrten ge-geben hat, die Verichte doch für falsch zu erklären. Er bezog wohlweislich hinzugefügt, daß Adolf Wagner dieser Auf-forderung nicht nur nicht nachgegeben ist, sondern im Gegen-teil die Verichte über die Verfassung für vollkommen aus-reichend erklärt hat. Im übrigen ist aus der Sitzung noch eine humoristische Episode hervorzuheben, die darin bestand, daß ein Herr v. Guffede-Dersheim die Genehmigung erhielt, wegen Verleumdung in Untersuchung gezogen zu werden. In seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher hat er während eines Brandes einen Feuerwehmann beleidigt, wofür ihn dieser zur Strafschast zieht. Nun will Herr v. Guffede sofort nach seinen strapazösen gefeherlichen Arbeiten während dieser Verberedeungs-session sich einen längeren Urlaub hingeben und hierbei nicht durch jene Verleumdung angeführt werden. Dieser Grund lautet dem Herrenhaus ein und es erteilte dem Grafen die nachgeforderte Genehmigung. Von der Wichtigkeit der übrigen Gefehevorgaben, mit denen sich das Haus zu beschäftigen hatte, kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß die wichtigste ein Reform des Hörschrechts in der Provinz Hannover betraf. Und da behaupten bewußtliche Lästler, das Herrenhaus sei gegen Reformen!

**Preussisches Dreiklassenhaus.**

Im Klassenhaus unterhielt man sich am Freitag weiter über die Abrechnungsmittelkontrolle und über konfessionelle Klagen, die im Anschluß an eine Kritik der Zusammenziehung der Prüfungskommission der Hildesheimer Mädchenschule vorgebracht wurden. Den Spar-amtstrieb betätigte man dadurch, daß man den Oberpräsidenten von Brandenburg 5000 Mk. abstrich, die er bisher alljährlich für seine Teilnahme am Provinziallandtag in Berlin erhielt. Am Sonnabend besaßigte sich das Klassenhaus zunächst mit einer Reihe Wahlprüfungen. Die Wahlprüfungs-kommission hatte die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Wendlandt für ungültig erklärt, weil in einigen Orten Terminzahl anstatt Fristzahl vorgenommen worden war. Die Nationalliberalen wollten aber das Mandat retten und beantragten, um die Sache zu verwickeln, die Rück-weisung an die Kommission, was auch beschloffen wurde. Dann wurde über den Kutsusetz weiter geredet. Den größten Teil der Sitzung füllte die Besprechung des Falles Kubenscheid, aus eines alderuhschen Schreyers an der Zaulmer Universität, der mit der diesen Schreyers eigentümlichen Schrof-fheit gegen alles vorgeht, was nicht so leuchtend ist, wie sein Gemüde. Er ist daher unter den deutschen Professoren und Studenten in Konflikt geraten und es ist sogar zu Straf-entwurgungen gekommen. Konfessionelle und Prekonfessionelle nahmen sich dieses wideren Mannes mit großer Wärme an, während der freisinnige Abgeordnete v. Bist ein Bild von Herrn Kubenscheid entwarf, das dieser sich nicht hinter den Spiegel stecken wird. Weislich wurde auch in der Debatte auf den Berliner Patentschacher Bezug genommen. Die Regierung gab die Erklärung ab, daß sie vor Abschluß der schwebenden Verfahren keine positive Stellung in dieser Angelegenheit nehmen könne. Die übrige Debatte war bedeutungslos.

**Zweiterlei Recht.**

Vor dem Kaiserlichen Generergericht klagten 23 von Leipzig ge-legentlich des Kergestreichs nach Köln gekommene Ärzte

gegen den Kaiserl. Arzt Dr. Albersheim wegen Verleumdung. In einer Verammlung der Gesellschaft für soziale Reform hatte der Beklagte hinsichtlich der Leipziger Ärzte den Ausdruck Streikbrecher gebraucht. Mehr Klagen wurden abge-wiesen, weil ein Sühnetermin vorher nicht stattgefunden hatte. Der Beklagte wurde freigesprochen, weil er in Wahr-nehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und unter den obwaltenden Umständen eine Verleumdung nicht vor-liege.

Dies Urteil ist sicherlich richtig und gerecht. Man ver-leide damit aber die Verleumdung gegen die Arbeiter, die jedesmal Gedulde und Gedulds bekommen, wenn sie einen Streikbrecher einen Streikbrecher nennen. Das gibt es keine Werbung berechtigter Interessen. Dafür hat man nur Verständnis, wenn es sich um Angehörige der sogenannten höheren Klassen handelt!

**Was man nicht verkaufen kann.**

Graf Mirbach-Sorquiten sagte laut „Streuzettelung“ in seiner letzten Herrenhausrede: Wir größeren Waldbesitzer im Osten zahlten rund 40 Pfa. an Verberungslohn für den Bestmester Langholz. Dabei ver-dienen die Arbeiter recht reichlich. Was tut aber der Bestmester? Der zahlte laut Dekret 80 Pfa. Die Oberförster sagen nur — den Bestgeleiteten natürlich nicht — das ist etwas sehr Über-treiben. Die Holzschläger laden, harrieren und erklären: Soviel können wir im Sonntag und Montag gar nicht verkaufen! — Das ist der Effekt davon.

Es fragt sich, ob ein echter preussischer Junker am Sonntag und Montag verkaufen kann, was er die Woche über durch Aus-beutung seiner Arbeiter „verdient“ hat. Freilich hat ein solcher Großaragator zum Sauten nicht bloß zwei Tage der Woche frei, sondern alle sieben, trotzdem aber dürfte er sein Vermögen kaum bewältigen können, denn Graf Mirbach plaudert selbst weiter:

Herr Fürst zu Salm-Ostmar... hat da lehrreiche Bei-spiele angeführt, z. B. an letzter Stelle einen Großgrundbesitzer, der ein Einkommen von 155 000 Mk. hat. Nach den Grundbesitz des Herrn Delbrück und anderer Gelehrter sollte ein solcher gar nicht vorleben.

Der Wochenlohn dieses Grundbesitzers beträgt also rund 3000 Mk. sicher bedeutend mehr als irgend ein noch so starker Mann, und wäre es der Graf Mirbach selbst, in der ent-sprechenden Zeit verkaufen kann. Die Rede des Grafen Mir-bach ist in ihrem tieferen Sinn eine flamende Fürsprache für die schlechte Expatriation des Großgrundbesitzers; denn wenn ein fleißiger Arbeiter nicht mehr zu verdienen draußt, als er am Sonntag und Montag verkaufen kann, dann ein saulenderer Junger erst recht nicht!

**Deutsches Reich.**

— **Ausfall der Plenar-sitzungen des Reichstages?** Die Finanz-kommission des Reichstages wird am Dienstag an den Genere-ralen mit dem Erlauchen beauftragt, ihr den ganzen Reich-tage die Woche für ihre Verhandlungen frei zu geben, so daß abdann bis auf weiteres die Plenar-sitzungen auszufallen würden.

— **Die Gemeindefinanzminister des preussischen Klassenhauses** hat die Anträge der Sozialdemokratie und des Zentrums, bet-r. Armenunterstützung und Wahlrecht, beraten und einen Antrag angenommen, der dem Prinzip der ursprünglichen Anträge Rechnung trägt. Der Antrag geht dahin, einen Gehehrentauf-zug vorzulegen, wonach nicht jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln den Verlust des Wahlrechts zu Folge hat.

— **Ein neuer Ständelprozeß.** Entgegen den absehenden Beschlüssen des Oberstaatsanwalts beim Landgericht I und des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht hat der Straf-senat des Kammergerichts die Erhebung der öffentlichen Anklage wegen Verletzung der Eidspflicht gegen den Wirrl. Geh. Legationsrat Dr. G. amman beschlossen. Dieser hat darauf beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes seine Verurteilung unter Substantierung vom Amte bis zu weiteren be-tragt. Dem Antrage ist stattgegeben worden. Es handelt sich um einen Ehebruchprozeß, bei dem der falsche Eid geleiht sein soll.

**Berthold Meryan.** (Nachdr. verb.)

Roman von Cornelle Subgenz. (Republizistische Uebersetzung aus dem Holländischen.)

„Aber später ist er schlecht gegen Dich geworden, Jaamitra.“  
„Am Thronort davonhören, und sein Zan verriet seine ganze Animosität gegen den politischen Feind, der ihn zu verdächtigen und ihm jeden Schritt unmdöglich zu machen suchte.“  
„Oder er hält in ich für schlecht, für schlecht und undanfähr.“  
„kaute die Antwort. „Es ist so fchwerm, an die Ehrlichkeit eines Mannes zu glauben.“

„Er ist der Ahrmüßige.“  
„fiel Thronort heftig ein. „er selbst, der sich erst als Abgeordneter wählen ließ und dann bloß aus Erbitterung, daß er nicht wiedergewählt wurde, sein Prinzip verlegte.“  
„Nicht deshalb, weil er nicht wiedergewählt wurde, sondern weil er lange vorher sich von der Hoffungslosigkeit der parla-mentarischen Sachlage überzeugt hatte.“  
„Ja, Jaamitra so be-stimmt und so nachdrücklich, daß er, wenn auch nicht die beiden Hauptführer der parlamentarischen Fraktion, so doch wenigstens ein in seiner Zuhörer überzogen.“  
„Ja, seine Ahrmüßige und zu genau, um nicht zu wissen, was er von 88 bis 91 im Schilde führte.“  
„Er sah aber nun einmal im Parlament, und nur wegen seiner Verdächtigungen und wegen der Animositäten, die ihn schärft beobachtete, hat er bis zum Schluß ausgehalten. Das politische Feuer war bei ihm jedoch längst erloschen, und ein guter Politiker konnte er wegen seines Temperaments über-haupt nicht sein.“  
„Erst als er nicht wiedergewählt worden wurde, fühlte er sich frei, seinen eigenen Weg zu verfolgen.“  
„Nur Natur ist bei so revolutionäre, um von einem Staatsfeind, der er verachtet, sich irgend ein Geheiß zu erbettein, das uns Protektoren vielleicht einmal nach Jahren zu einer Drohtraße ver-helfen kann.“

„Woher in aller Welt hat dieser Mann nur die Fähigkeit, sich so auszudrücken?“  
„dachte Verthold, der im fortwährend an-denken mußte. „In die Welt, nicht ich, nicht die politische Situa-tion, sagte er laut, „obwohl Sie nur wenig davon zu erwarten scheinen.“  
„Nawohl, ich bin dafür,“ lautete die Antwort, und er suchte sich mächtig aufzurichten, und seine Stimme wurde kräftiger, wenn es darauf ankam, seine Uebersetzung zum Ausdruck zu bringen.“  
„Ja, in die Welt, nicht ich, nicht die politische Situa-tion, sagte er laut, „obwohl Sie nur wenig davon zu erwarten scheinen.“  
„Nawohl, ich bin dafür,“ lautete die Antwort, und er suchte sich mächtig aufzurichten, und seine Stimme wurde kräftiger, wenn es darauf ankam, seine Uebersetzung zum Ausdruck zu bringen.“

der Geistlichkeit absichtlich dumm gehalten wird, und die in den Reichstagen ihren Trost such. Man mag den anderen, die wissenden Reiz weiß, daß der Sozialismus ein Werk des Zufalls sei, und sie halten sich deshalb mit Absicht und Ent-sen gegen den Verfallungen fern. Die Wahlrecht dagegen, ihre Verfallungen und ihre Agitation — den Stempel tragend, vollkommen gefehlich und erlaubt zu sein — das rüßtel sie auf, und daran müssen sie sich schmerzlich wohl betellen, ob sie molen oder nicht. Das Bewußtsein muß in der Gesell-schaft, für welche man sich zu arbeiten muß, endlich auch etwas zu sagen hat, daß man nach der Kammer, nach der sogenannten „Volksvertretung“, auch ein paar selbigegebende Männer schicken darf, hat eine ergebende Wirkung. Die Arbeiter können sich dann wenigstens erwidern, daß sie ein wenig mitregieren, und wenn es auch gar nicht der Fall ist. . . . denn bloß das Reich-regiert in unterm Parlament, mo die Kapitalisten und die In-haber der Willens, Jüder- und anderer Aktiengesellschaften die Weite unter sich verteilen. Aber der Gedanke, mitzubandeln und etwas zu bedeuten, wirkt schon an sich erzieherisch. Wir werden dadurch wenigstens mullende Menschen, anstatt wie jetzt geduldige, abgehörte, Stiere zu sein.“

„Nawohl, Jaamitra, das war Deine Uebersetzung von An-fang an.“  
„Am Martialis davonhören, eine Uebersetzung, die von der unfrigen etwas abweicht, weil wir in der Zeit der An-sicht sind, die Geduld im Parlament etwas zurückdrängen zu können. Du bist demnach gegenüber Ahrmüßigen der geliebten, der Du warst und . . .“  
„Nicht er, in seinen eigentümlich hilf-losartigen Reden, „man ist nicht so, man ist nicht so, man ist nicht so, das Du einem Weiberhahn bei jeder Drehung folgen soll!“

„Der ganze Arbeiter sagte er nicht, aber er bildete seinen jungen, feurigen Partigenossen an, und in seinen matten Augen funkelte etwas wie eine kleine hinterherende Seelen-flamme, die hinter dem grauen Rebel des Alters noch eben auf-fland.“  
„Dann, als wenn er ihnen jugendlichen Absolutismus ver-büßigen wollte, schüttelte er mit dem Kopf.“  
„Nun, ich bin ebenso ungerichtet gegenüber Ahrmüßigen, wie er es Euch gegenüber ist, wenn er Euch vorzieht, daß Ihr nicht für ein Unglückliche, sondern bloß aus eigenem Interesse nach einem Kammeresseß angelt, um zu der angenehmen und glänzenden Stellung eines Parlamentsmitgliedes zu gelangen.“  
„Das ist schließlich eine Sache, die jeder in seinem eigenen Geheiß entscheiden muß.“  
„Ahrmüßige, man ist nicht so, man ist nicht so, man ist nicht so, und esno befaßt es sich auch mit seiner Uebersetzung. Wenn Ihr Euch demselb, selbst ehrlich und loyal zu sein, dann habt einen Mann wie Ahrmüßigen nicht im Verdacht einer Niedrigkeit! Er ist so gut und so groß gewesen, hat so viel für uns getan und hat bestell auch selbst, nicht unendlich viel mehr tun zu können. Obgleich ich immer noch die Hoffnung habe, zu verstehen, bleibe ich doch dabei . . . es kann so viel in einem

Menschen vor sich gehen. . . urteilen wir also lieber nicht, wenn wir nicht alles wissen.“

Verthold hörte ihn sprachlos zu. Er dachte an Schöterbeem, an die wilden, lärmende Verfallungen, wo der bestige Ausdruck der Leidenschaft ihn empörte, und wo er über alle die ihm fremden Menschen, welche diesen Namen vielleicht individuell sehr nahe kamen, kurzweg den Stab gebrochen habe, ohne von ihnen etwas zu kennen und zu wissen. Dann zum erstenmal in seinem Leben fand er nun einen — der armeren Tagelöhner als Mensch gegenüber, befand er sich auf einem Gleichheitsfuß mit einem von seinen Millionen Arbeits-werkzeugen, die bloß geschaffen zu sein schienen, um ihm, Verthold Werhan, und feinesgleichen den Ahrmüßigen auf der Welt möglichst angenehm zu gestalten. Und dieser arme Tagelöhner, der jetzt niemals von Romane die Schast gehabt hatte, sprach Worte, die alle Lebensweisheit reifmurierten — Worte, die zugleich seinen eigenen, letzten Seelenaufbruch zusammen-faßten über das unergreifliche Rätsel des Wenigsten Mensch.

In dieser armerlichen Menschenurme haust eine Individualität, dachte er für sich, und der Bestiger dieser Individualität hätte von dem Leben, dem vollen, schönen, reichen Leben, nichts etwas anderes gesehen, als eine Schmelde mit Hammer und Ambos, welche die zitternden Seelen täglich 14 oder 16 Stunden forsterten, hatten in ihrem Leben keine andere Ruhe und Erholung gekannt, als die Ruhe des ermüdeten Zierers in irgend einer elenden Stütte, mo er halb humpftüßig, seine Glieder nach vollbrachten Tagewerk ausstrecken konnte! Das lo-funselte immer gemessen sein müßte, schon jede Bürde, jede Unruhe, jede Warde, jede verzogene Fern, jede Bewegung des steifen, abgearbeiteten Körpers ihm auszubrüden.

Er wandte sich plötzlich zu dem alten Mann und fragte ihn mit aller Ehrfurcht, welche die Majestät des Unglücks einzu-flößen vermog:  
„Darf ich Ihnen einige Fragen stellen?“  
„Zwar ich konnte nicht in dem Ton und in der Haltung des jungen Mannes nicht läufeln. Die matten, wärrigen Augen bildeten ihn schärft an.“  
„Soviel wie Sie wollen!“ lautete die Antwort.  
„Wie alt sind Sie?“  
„Ahrmüßige Jahre.“  
„Verthold machte unwillkürlich eine Bewegung. Also sechs Jahre jünger als sein Vater, der ein Mann noch in der vollen Kraft seines Lebens war! Gleichwohl sagte er darüber nichts. „Und wie lange haben Sie im Durchschnitt immer ge-arbeitet?“  
„Wie weniger als 16 Stunden. Das habe viele Jahre bei einem Meister in Seemardern in Arbeit gestanden, und dort arbeiteten wir Seffeln bei gutem Beschäftigungseinsatz unter 16 Stunden.“  
(Fortsetzung folgt.)

# Die Lage in der Türkei.

Das jungtürkische Regiment.

Konstantinopel, 2. Mai. Das Regiment über die Abhaltung Ahmed Pascha ist noch immer nicht befähigt, wurde aber gestern in den Kammern der Abgeordneten offiziell diskutiert. Man behauptet, daß die Unmöglichkeit des Kommandos durch den Vorgänger innerlich das Komitee in Zusammenhang stehe. — In den Provinzen, wo die Gerechtigkeit in Zusammenhang steht, befindet sich, baren die Verfassungen und die Verhältnisse nach realistischen Gesichtspunkten und nach sonstigen gefährlichen Elementen fort. In mehreren Provinzen, wo die Lage noch ungeklärt ist, beschäftigt man sich auf Ueberwachung. In einer Bekanntmachung dankt Mahmud Schefik Pascha im Namen der Armee den Ulema für die Verabreichung der Gemüter, durch die die Operation der Armee und die Konsolidierung der Verfassung erleichtert wurden.

Abdul Samid Pascha.

Konstantinopel, 30. April. Nach einer Mitteilung der „Turquie“, die als autoritativer Quelle stammt, soll Abdul Samid nur einige Tage in Saloniki bleiben und dann nach Monastir geschickt werden.

Die Wahlen in Kleinasien.

Pera, 2. Mai. Was Abdan lausen bauend die traurigsten Nachrichten über ein. Die Wahlen nehmen noch immer an Umfang zu, und die Einzelheiten spotten jeder Beschreibung. Das Parlament hat nun gestern eine Kommission gewählt, die eine genaue Untersuchung anstellen und über Maßnahmen zur raschen Abhilfe beschließen soll. Ein Bataillon ist gestern nach Adana abgegangen, um die schismatischen Gzette zu unterdrücken, doch wird man noch weitere Truppen in den nächsten Tagen entsenden.

## Oesterreich-Ungarn.

Der Nahrungsfaktor.

Pest, 1. Mai. Wie an nachgehender Stelle verlautet, besteht der Plan, von den Delegationen 400 Millionen Kronen zur Erwerbung von Dreihundert für die österreichische Kriegsmarine zu fordern. Diese Summe würde der Erwerbung und der Ausrüstung von etwa hundert Dreihundert entsprechen.

Der antimilitärische Stadtrat.

Prag, 2. Mai. Der Prager Stadtrat beschloß, seine fernere Mitwirkung bei den Rekrutierungsarbeiten für die Armee zu verweigern, falls nicht für Prag und Böhme die sibirische Sprache an Stelle der deutschen den militärischen Ausbildungsbehörden zur Pflicht gemacht wird.

## Italien.

Statistisches zu den Wahlen.

Bei den letzten italienischen Wahlen wurden abgegeben 1 903-657 Stimmen, 309 807 Stimmen mehr als 1904. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler betrug 2 930 300 gegenüber 2 551 327 bei den vorhergehenden Wahlen. Somit machten im Jahre 1909 65 Prozent der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch, 1904 nur 62,7 Prozent; die Zahl der Wahlberechtigten betrug im Jahre 1904: 7,67 Prozent der gesamten Bevölkerung, im Jahre 1909: 8,64 Prozent. Da das Wahlrecht entweder an eine bestimmte Steuerleistung oder an die Kenntnis des Lesens und Schreibens geknüpft ist, so läßt das auf eine gewisse Abnahme des Analphabetismus schließen. Von den Wahlkreisen weist meridionaler Apulien die höchste Wahlbeteiligung (73,4 Prozent), die schwächste das industriell so fortgeschrittene Ligurien (56,3 Prozent) auf. Die absolut höchste Stimmennanzahl gab von den Wahlkreisen die Lombardie (318 779), die zweit höchste Stimmennanzahl Venedig (290 645) Stimmen. Innerhalb der selben Wahlkreise war in den einzelnen Wahlkreisen die Wahlbeteiligung sehr verschieden. In Venedig wies die höchste Beteiligung Turin auf (67,1 Prozent), die schwächste Civico (54,6 Prozent). Von den lombardischen Wahlkreisen brachte es Mantua auf 80 Prozent, Cremona dagegen nur auf 55,5 Prozent. In Toscana war sie am höchsten in Vifa (75,9 Prozent), am schwächsten in Livorno mit 49,2 Prozent.

## Parteinachrichten.

Ausfluß aus der Partei. In einer von tausend Personen besuchten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Garburg a. d. Elbe wurde ein Antrag auf Ausfluß des Parteimitglieds Karl Weniger, früher Geschäftsführer des „Volksworts“ für Garburg, Wilsdruburg und Umgebung, mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Der Antrag, mit dem sich zwei Verammlungen beschäftigt haben, war begründet worden mit dem fortgesetzten parteischädigenden Verhalten Wenigers, der nach seiner Entlassung aus dem Betriebe des „Volksworts“ unermüdet gegen Parteiorganisation, Gewerkschaftsarbeit und Parteileitung auftrat. Zuletzt forderte er in der Versammlung einer Gewerkschaft, deren Vorsitzender er ist, mittels einer Resolution direkt zur Absetzung des „Volksworts“ auf.

## Deutscher Reichstag.

251. Sitzung, Donnerstag, den 29. April, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die

Interpellation über die (Sog.):

„Ist dem Herrn Reichstagsler bekannt, daß sich durch die von Arbeitgebern für die Arbeiter ihrer Betriebe eingerichteten

Pensions-, Witwen- und Waisenkassen

schwere Mißstände und Schädigungen für die aus den Betrieben

auscheidenden Arbeiter ergeben haben? Ist der Herr Reichstagsler

bereit, durch eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse dieser

Kassenleistungen den zutage getretenen Mißständen zu begegnen, insbesondere die Ansprüche der aus den

Betrieben auscheidenden Arbeiter zu wahren durch die Verordnung

der Arbeiter auf eine freiwillige Weiterversicherung oder die Verpflichtung der

Kassen auf Rückzahlung der Beiträge?

Staatssekretär v. Weßmann-Sollweg erklärt sich zur sofortigen

Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Seeburg (Sog.): Meine hochwürdigen Freunde halten die Frage einer gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Kassenleistungen für außerordentlich dringend. Wie diesen Versicherungsleistungen werden den Arbeitern die ihnen gesetzlich zuzubehörenden Renten auf die Renten aus den Kassen zu zahlen. Es ist zu befürchten, daß auch mit den Renten der Witwen und Waisen das selbe der Fall sein wird, wenn die Witwen- und Waisenerziehung von Reichs wegen eingeführt wird. Besonders aus diesem Grunde haben wir die Interpellation jetzt eingebracht. Wir meinen, eine unangenehm dringende Frage sei in diesem Hause am Platze. (Sehr richtig! b. d. Sog.) Wenn die Regierung wirklich mit Ernst Sozialpolitik treiben will, so ist die Regelung der in Frage kommenden Verhältnisse auch für sie eine dringende Notwendigkeit. (Zust. b. d. Sog.)

Ich habe schon im vorigen Jahre angeführt, daß nach eigenen Angaben der Arbeitgeber einige Kassen nicht ausschließlich dem Wohl der Arbeiter dienen sollen. Anders, daß sie das Wohl der Unternehmer im Auge haben. Das ist aber nicht eine Begleiterscheinung, sondern unmittelbarer Zweck der Kassen. Nicht nur die Pflanzung soll eingeführt werden — das ließe sich auf andere Weise erreichen, sondern die eigentliche Aufgabe ist, das Existenzrecht einzuführen, die Arbeiter abhängiger zu machen. (Sehr wahr! b. d. Sog.) Bei Siemens u. Salze ist als Zweck direkt angegeben: der „Streitmanie“ entgegenzutreten. (Hört, hört! b. d. Sog.) Es ist daher den Arbeitern nicht zu verdenken, wenn sie heranziehen „Wohlfahrten“ der Unternehmer als allerhöchste Motivation angingen. (Sehr wahr! b. d. Sog.) Denn jede Einführung des Existenzrechts ist gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter.

Das Vertrauen, welches den Kassen zugrunde liegt, tritt sehr deutlich in jenen Sätzen hervor, nach welchen die Arbeiter jeder Unternehmer das allerhöchste Bestreben sein für sich in Beschäftigung beteiligen, die den höchsten Arbeitslohn und die besten Löhne nehmen“ hören. Herr Wallin erklärte, die Pflanz-Gesellschaft könne keine Mitglieder in ihren Kassen haben, die sozialistische Verbreitungen verfolgen. Sozialist ist aber bei den Herren jeder, der sich mit seinen Arbeiterkollegen verbindet, um einer Verschlechterung seiner Lage entgegenzutreten. (Sehr richtig! b. d. Sog.) Bei den Schächter Arbeitervereinen soll die Kassenverwaltung aus Arbeitern bestehen. Es gebietet ihr aber nur zwei Arbeiter an, und als diese sich der Gesellschaft anschließen, wurden sie, unter Hinweis auf das diesen Anschlag verbietende Statut, gewarnt. Die Beispiele liegen sich ins Unerbliche vermehren.

Infolge der „Wohlfahrtsinteraktionen“ sind denn auch in einer ganzen Reihe von großen Betrieben die Löhne niedriger als anderswo. (Hört, hört! b. d. Sog.) Wenn man sagt, niemand sei verpflichtet, einem solchen Betrieb beizutreten, so ist dieser Gedanke so richtig, daß er keiner Widerlegung bedarf. Die Arbeiter in ihrer Verwirrung des Wohlstandes werden nicht aufsuchen, in die sie eintreten. Wären sie wirtschaftlich unabhängig, so würde sich nicht einer diesen Kassenbedingungen fügen. (Sehr richtig! b. d. Sog.)

Die Leistungen der Arbeiter an die Kassen sind ganz beträchtlich. Das Eintrittsgeld beträgt häufig den zweifachen Tageslohn, bei dem Arbeiter Veres 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. Die Beiträge betragen meistens 5-7 Prozent des Verdienstes, mitunter sogar 8 Prozent. (Hört, hört! b. d. Sog.) Überdies ist mit dem Betrage der Pension 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100. Die Beiträge betragen meistens 5-7 Prozent des Verdienstes, mitunter sogar 8 Prozent. (Hört, hört! b. d. Sog.) Überdies ist mit dem Betrage der Pension 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100.

Bei Krupp ist das nicht der Fall. Dort wurden vor einiger Zeit zwei Arbeiter nach langer Beschäftigung entlassen. Ein Familienrat, Erwärner mehrerer Kinder, und ein lediger. Der ledige schloß sich der Versicherung der Arbeiter an, die in ihrer Verwirrung des Wohlstandes werden nicht aufsuchen, in die sie eintreten. Wären sie wirtschaftlich unabhängig, so würde sich nicht einer diesen Kassenbedingungen fügen. (Sehr richtig! b. d. Sog.) Die Mitglieder der Beiträge wird auch oft von dem „Wohlfahrten“ der Arbeiter abhängig gemacht. Das Wohlverhalten ist darüber entscheidend natürlich die Firma.

Wenn nun die Behauptung, die Pflanzung gegen die Pensionskassen sei von grundlegendem Gegnern der Kassen ausgegangen, sich auf meine Freunde beziehen soll, so akzeptieren wir die Anerkennung, die darin liegt, daß wir dazu beigetragen haben würden, daß jetzt viele Kreise auf die Dürftigen dieser Kassen aufmerksam geworden sind. Wir erkennen aber gerne an, daß auch bürgerliche Sozialpolitiker sich bald unserer Kritik anschließen haben. Die Firma Krupp hat übrigens durch den gang willkürlich verurteilte Vertragsbedingungen und andere Verschlechterungen die Gegenpartei gegen die Kassen selbst vermehrt. Wir wünschen nur, daß diese Kassen der Wohlthätigkeitscharakter genommen und eine demokratische Verwaltung ihnen gegeben wird. Weiter verlangen die Arbeiter die Gleichheit der freiwilligen Weiterversicherung, die bei einem Verden existiert. Nach der Kruppischen Denkschrift entbehrt diese Weiterversicherung der inneren Berechtigung. Aber bei der Pensionskasse der Beamten ist sie zugelassen. (Hört, hört! b. d. Sog.) Das ist also von der Firma Krupp nicht ganz konsequent und logisch. Nach dem Gutachten des Professors Böller sollen die Wohlthätigkeitsleistungen der Firma Krupp einen genossenschaftlichen Charakter haben. Dieses Wort entbehrt jeden Sachverständigen, denn von einem genossenschaftlichen Charakter könnte ja nur die Rede sein, wenn die Selbstverwaltung der Versicherten bestünde. (Sehr wahr! b. d. Sog.) Im Gegensatz hierzu ist aber festgestellt, daß die Firma Krupp den Kassenverwaltern souverän zulassen. Die Generalversammlung ist dort nicht als eine Delegation. Die Mehrheit hat ihre Wünsche in mehreren Fällen nicht durchzusetzen vermocht. (Hört, hört! b. d. Sog.)

Noch rechtlicher sind die Arbeiter bei der Kasse des Norddeut-

chen Reichs. Der Vorstand des Reichs ist der Vorstand der Kasse. Der Aufsichtsrat hat das Recht, das Statut über die Kasse der Mitglieder hinweg zu revidieren und davon hat er den ausgiebigsten Gebrauch gemacht. (Hört, hört! b. d. Sog.)

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß von den meisten Kassen die gesetzlichen Umlauf- und Zahlungsbedingungen angeordnet, die in der Kasse der Arbeiter nicht ausreichen, nicht auch mit den Witwen- und Waisenkassen möglich wird. Ein weiterer schwerer Mangel ist es, daß dem Versicherten die Leistungen der Kasse aus Gründen entzogen werden können, die nicht im Willen der Versicherung selbst liegen, z. B. wenn ein Mitglied den ihm erteilten Urlaub übersteuert und nach Auforderung nicht binnen drei Tagen zurückkehrt. Was hat ein solches Vergehen gegen die Arbeiterordnung mit der Versicherung zu tun? In einem andern Statut heißt es: der Pensionsanspruch geht verloren, wenn eine Witwe sich eines anderen Lebenswandel an, insbesondere des außerehelichen Geschlechtsverkehrs mit Mannpersonen schuldig macht. (Hört, hört!) Wenn diese Witwe sich in den Klub der harmlosen Damen aufnehmen ließe, würde sie also den Anspruch nicht verlieren. (Ern. St.) In einem andern Statut heißt es, im Falle der Wiederheirat eines Witwens oder einer Witwe, worüber der Vorstand zu bestimmen hat. (Hört, hört! b. d. Sog.), wird die Zahlung auf eine gewisse Zeit inhiert oder aufgehoben.

Die Arbeiter brauchen nicht so sehr auf eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse zu dringen, wenn ihnen die Rechtsprechung nicht so ungünstig wäre. Verschiedene Gewerbevereine und Innungen haben erklärt, daß beratende Einrichtungen, die in solchen Fällen bestehen, nicht durchzuführen werden, gegen die guten Sitten verstoßen. Die Landgerichte als Berufungsinstanz haben aber die Arbeiter abgewiesen.

Was soll nun geschehen? In einer Petition des christlichen Metallarbeitervereins wird verlangt, daß die Kassen dem Aufsichtsrat für Privatversicherung unterstellt werden. Dem kann man zustimmen. Aber man muß verlangen, daß in dieses Amt ein anderer Geist einzieht. Heute können die Gerichte in ihren Erkenntnissen sich auf das Auffichtsrat beziehen. Bei der Behandlung der Petition in der Kommission hat uns der Regierungsbevollmächtigte erklärt, daß Unterhandlungen zwischen die eine einheitliche Handhabung der Versicherungsbedingungen bei diesen Kassen bedingt. Das genügt nicht. In den schon bestehenden Kassen wird dadurch nichts geändert und wenn auch das Aufsichtsrat selbst den besten Willen hätte, so ist es doch fraglich, ob es die Macht hat. Deshalb ist eine gesetzliche Regelung notwendig; mindestens die Hälfte der Beiträge müssen zurückgezahlt werden, der Arbeiter muß bei jeder freiwilligen Weiterversicherung haben, die Anrechnung der gesetzlichen Rente auf die Pension muß verboten sein, und die Einziehung der Versicherungsleistung darf nicht aus Gründen geschehen, die nicht aus dem Versicherungsvertrage selbst sich ergeben. Weiter ist die Selbstverwaltung der Kassen zu fordern und wo der Arbeitgeber an ihr mitwirkt, darf von seiner Zustimmung nicht die Giltigkeit von Generalversammlungsbeschlüssen abhängig sein. Schließlich ist zu verlangen, daß dem Versicherten keine Zügelung oder Unterlassung durch die Zahlung auferlegt werden darf, die mit dem Versicherungsvertrage nichts zu tun hat.

Wenn den Arbeitern nicht Wohlthaten, sondern Rechte eingeräumt werden, so wird der Vorstoß die Zustimmung von den Arbeitern bekommen. Die Regierung erklärt, sie wolle alles einlegen, um den Arbeitern zu beweisen, daß jetzt, nachdem weniger Sozialdemokraten gewählt sind, die Sozialpolitik erst recht vorwärts kommen. Hier kann sie zeigen, daß es ist mit dieser Versicherung ernst war. (Zust. Bravo! b. d. Sog.)

Die Arbeiter u. S. W. in m. a. g. Die Kassen, auf welche die Interpellation sich bezieht, reichen in eine Zeit zurück, in der die Verhältnisse der Arbeiterversicherung und des Arbeitervorsatzes wesentlich andere waren, als sie heute sind. Damals fanden die Arbeiter erwinnte Gelegenheiten, ihre Interessen und die sich selbst für den Fall der Invalidität zu sichern. Es haben sich damals die Arbeitervereine gebildet. Nachdem mir heute einerseits durch die Reichsversicherungs-Gesetz ein festes Versicherungsgesetz für die Arbeiter und andererseits das Recht der Arbeiter aus dem Arbeitervorsatz hervorgehend ausgebildet haben, hat sich die Aufmerksamkeit auf die Arbeiter mehr und mehr auf die Kassen gelenkt, um zu prüfen, ob die Arbeiter in ihren Betrieben dort nicht verlegt werden. Daraus kommt es, daß die Versicherung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, sowie die große Pflanzung der Arbeiter in großen Industriebetrieben. Große werden auch von einigen Seiten die Wohlthätigkeitsleistungen, besonders kritisch angesehen, indem darin nur Veranlassungen erblickt werden, die dem Geschäftsgeist der Arbeitgeber dienen sollen. Bei der reinen Versicherung kann der Fortbestand des Rechts nicht von willkürlichen Änderungen eines Dritten abhängig gemacht werden. Bei den Verhältnissen ist dies anders und hierin liegt wohl der Kern aller vorgebrachten Beschwerden. Wie viele Fragen sind in diesen Einzelheiten noch nicht geklärt und ich kann dem Arbeiter nicht befehlen, daß die Sache schweben ist. In erster Linie ist zu bedenken, daß die Pensionskassen freiwillige Unternehmungen sind und welchen Zweck die Unternehmer damit verfolgen. Das Unternehmertum wollte gar keine Versicherungsleistungen, sondern abgeben von der sozialen Pflicht, welche es unabweisbarlich sich einem Stamm seiner Arbeiter schaffen. Das spricht sich besonders scharf in dem Weitsichtswort aus. Angeregt ist ein Verband aller Verhältnisse, so daß ein Arbeiter, der aus einer Klasse austritt, in einem andern Werk der soziale Fortschritt sich entfaltet. Die Versicherung aber muß zweifelhaft sich einen Stamm seiner Arbeiter schaffen. Das spricht sich besonders scharf in dem Weitsichtswort aus. Angeregt ist ein Verband aller Verhältnisse, so daß ein Arbeiter, der aus einer Klasse austritt, in einem andern Werk der soziale Fortschritt sich entfaltet. Die Versicherung aber muß zweifelhaft sich einen Stamm seiner Arbeiter schaffen. Das spricht sich besonders scharf in dem Weitsichtswort aus.

Zuletzt muß von gesetzlichen Bestimmungen Abstand genommen werden, dagegen soll auf dem Verwaltungswege angezogen werden, daß den auscheidenden Arbeitern ein Teil der Beiträge zurückgezahlt wird. Freiwillige soziale Einrichtungen werden und müssen immer die Elemente sein, auf denen der soziale Fortschritt sich entfaltet. Die Versicherung aber muß zweifelhaft sich einen Stamm seiner Arbeiter schaffen. Das spricht sich besonders scharf in dem Weitsichtswort aus.

Auf Antrag des Abg. Singer wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten, die nichts Wesentliches ergibt.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Besprechung.)

Schluß 6 Uhr.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Redaktionen und Korrespondenzen Paul Cennig, für Ausland, Gewerkschaftliche, Feuilleton, Vermischtes und Provinzielles Karl Bod, für Lokales und Verammlungsberichte Otto Wicbaur, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

MAGGI'S Suppen. Würfeln. Jede Suppe hat den ihr eigenen, natürlichen Wohlgeschmack. Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Suppen. Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt. urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090504-11/fragment/page=0003



## Die Maifeier.

Das internationale Proletariat hat auch die zwanzigste Maifeier zu einem Demonstrationstage für den Sozialismus gemacht, trotzdem die ungeliebte Wirtschaftskrise und der unglückliche Sonntag der Demonstration durch Arbeitsruhe nicht günstig waren. Diese Maifeier ist bereits traditionell der Ausdruck aller des Hoffens und Sehns und des Kampfes für den Sozialismus geworden, das es in seiner Bedeutung von Jahr zu Jahr gewinnen muß, trotzdem die Form der Feier durch ungeliebte äußere Zwang in ihrer Schärfe noch immer mag. Solange der Kapitalismus die Wälder der Erde bedeckt, solange wird das Maifest ein Kampfestag bleiben, bis dernebst der Sieg des Sozialismus den Montag als Frühlingstag der Welt fröhlich krönen wird.

Wir lassen nunmehr eine Anzahl Berichte folgen.

### Ausland.

#### In Oesterreich-Ungarn.

war, wie stets, die Feier in Wien am imposantesten. Hier war die Arbeiterschaft ganz allgemein. Alle Betriebe, mit Ausnahme derer des Hofes, des Palais und der Gemeindefunktionen, waren vollständig geschlossen. Die Arbeiter wurden in Gruppen abgeholt, in denen die Forderungen des Kampfes ausgesprochen wurde. Nachmittags fand der Marsch in den Prater statt, bei dem zum erstenmal Fahnen, Standarten und andere Embleme mitgeführt werden durften. Die Anzahl der Teilnehmer an dem Zuge war auch nicht unbedeutend zu schätzen. Die Frauen spielten eine große Rolle. Auch sie trugen rote Fahnen und trugen die Forderungen des Kampfes für die Frauen entgegen.

Am Vorabend des Maifestes hat die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses einen Antrag eingebracht, der die schrittweise Einführung des Achtstundentages bewirkt. Danach soll in allen gewerblichen Unternehmen bis zum 31. Dezember 1912 nicht mehr als höchstens 10 Stunden; von da bis Ende 1915 nicht mehr als höchstens 9 Stunden, von 1. Januar 1916 an nicht mehr als höchstens 8 Stunden binnen 24 Stunden betragen. Die sechsjährige Lebensdauerperiode wird, wie es in der beizugebenden Begründung heißt, vorgeschlagen, um der Industrie zu ermöglichen, sich den neuen Arbeitsbedingungen anzupassen. Die Erzeugnisse der Gewerkschaften gehen nun aber vielfach schon heute weiter, als die oben vorgeschlagenen gesetzlichen Maßnahmen, und diese werden auch in Zukunft gewöhnlich durch die Festsetzung der Arbeitsdauer bisher im Jahresdurchschnitt schon durch die Arbeitszeitbestimmungen festgelegt wird, eine Verlängerung derselben nicht eintreten darf.

#### Die Maifeier in Italien

ist im allgemeinen ohne Zwischenfall verlaufen. In vielen Provinzialstädten feierten die Straßenhändler. Überall fanden Festversammlungen und Umzüge statt. Besonders wurde die Abschaffung der Getreidezölle und Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts gefordert.

#### Die Maifeier in Frankreich

verließ unter sehr starker Beteiligung. In Paris und Umgebung fanden 47 Versammlungen statt. Besonders stark war die Arbeiterschaft in Folge, Eau und Metallindustrie. Nach offiziellen Angaben feierten ca. 1000 Arbeiterdemonstrationen fanden im Zentraltelegraphenamt statt. Weiter wurden 47 Angehörige suspendiert. Die Lage ist sehr ernst. — Besonders stark war die Arbeiterschaft in London, wo auch die Wälder und Gemeindefunktionen feierten. Desgleichen in St. Etienne, Voreire, Roubaix, die Arbeiter der Provinz. Die Arbeiterbewegung war stärker als im Vorjahre. Besonders stark kam es auch wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei, die einige Verhaftungen vornahm.

#### In Belgien

hatte die Feier besonders in Brüssel und Gent eine starke Beteiligung aufzuweisen. In Gent waren die Lokale des Katholischen geschloffen entsprechend einem Beschlusse des sozialistischen Gemeinderats. Einen besonders großen Umfang hatte die Maifeier diesmal in den Kohlenbetrieben von Industriezentren angenommen. Zu Ausföhrungen ist es nicht gekommen.

#### Nord-Ostland

wird berichtet, daß in Amsterdam ein großer Demonstrationstag stattfand; die Anarchisten, die getrennte Versammlungen abhielten, veranstalteten einen separaten Demonstrationstanz.

#### In England

war die Beteiligung in London, wie erwähnt, am stärksten. Die sozialistischen Arbeitervereine versammelten sich am Victoria-Emblem und gegen den Alkohol und Mißbrauch des Schenkens, wo von den Tribünen Reden gehalten wurden. Die Redner betonten hauptsächlich die Notwendigkeit eines friedlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und England. In den angenommenen Resolutionen verpflichteten sich die englischen Arbeiter, der Entfremdung beider Nationen im Verein mit der deutschen Arbeiterklasse entgegenzutreten. In den Versammlungen war das ausländische Proletariat stark vertreten.

#### Der erste Mai in Rußland-Polen.

Die diesjährigen Vorbereitungen der zaristischen Regierung zum 1. Mai trugen das Gepräge der üblichen Bestialität. Überall im Lande sind massenhafte Verhaftungen an der Tagesordnung. Besonders aber in Lódz, dem polnischen Manchester, übersteigt das Wissen der zarischen Schergen alle Grenzen. Die Warschauer bürgerlichen Zeitungen teilen folgendes mit:

Der Generalgouverneur von Lódz, Generalmajor Bagnafo, hat folgende Verfügung erlassen: Am 2. und 3. Mai d. J. werden alle Versammlungen und öffentliche Auftritte verboten. Das Publikum hat auf die erste Aufforderung dazu auseinanderzugehen; widrigenfalls wird die bewaffnete Macht angewendet. Diese Bestimmung gilt für Lódz und Gouvernementsbezirk. Außerdem hat die Polizei alle Fabriken besetzt und den Arbeitern mitgeteilt, daß im Falle der Arbeitsniederlegung am ersten Mai aber am dritten Mai in allen größeren industriellen Establishments jeder geht, in kleineren dagegen jeder fünfte Arbeiter verhaftet wird. Diese Bestialität läßt sich nicht mehr überbieten.

#### In Amerika

hat die Maifeier zu verschiedenen Umständen Anlaß gegeben. Die Generalstaaten der Seefahrer haben an dem großen Gen den Streik erklärt. 19000 Matrosen in Chicago, Buffalo,

St. Paul und anderen Hafenstädten an dem großen Meer sind in den Streik getreten. — In New York haben die Wälder der unteren Offiziere den Streik erklärt. Die große Arbeiterparade, die Sonnabend nachmittags stattfand, wurde durch das ungeliebte Wetter sehr beeinträchtigt. 4000 Personen bildeten den ganzen Zug. Auf dem Union Square fand wie üblich unter freiem Himmel eine Massenversammlung statt.

#### Brafilien.

Aus Buenos Aires melden bürgerliche Quellen: Gestern kam es hier aus Anlaß der Maifeier zu zahlreichen Kundgebungen. Eine Anzahl Anarchisten feuerten Revolver ab und verwundeten fünf Polizeibeamte. Diese erwiderten das Feuer und töteten zwölf und verwundeten etwa hundert Personen. Die Forderung riefen von der Polizei her. Ebenfalls wird es umgekehrt gewesen sein; die Polizei wird angegriffen haben.

### Deutschland.

Berlin. In Berlin und Umgebung wurde die Maifeier in der üblichen Weise begangen. Ingesamt wurden 160 Vormittags- und Abendveranstaltungen abgehalten. Die Versammlungen am Vormittag waren durchweg gut besucht; die Abendveranstaltungen überfüllt. Den stärksten Besuch wiesen die von den größeren Verbänden einberufenen Versammlungen auf. Die größte Veranstaltung war die Versammlung der Holzarbeiter in der „Neuen Welt“. Die Angehörigen der einzelnen Branchen der Holzindustrie hatten sich vorerst in besonderen Lokalen versammelt und marschierten dann in geschlossenen Zügen nach der „Neuen Welt“, die bald überfüllt war. Auch der Garten des Establishments nahm eine große Zahl von Besuchern auf, die im Saal nicht mehr Einlaß finden konnten. Zu einer imposanten Veranstaltung gestaltete sich die Maifeier im Baumgarten. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter füllten auch die größte Berliner Versammlung aus. Die Feiern im Hansa- und Ständehaus und Reichshaus waren sehr reichlich, das der geräumige Saal schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Hannover. Trotz der Ungunst des Wetters und trotz der Ausperrungsandrohungen wiesen in der Stadt Hannover am 1. Mai die beiden Frühvormittags- und die beiden Abendveranstaltungen gegen 3000 Besucher auf. Der Abendkranz wurde im Veranstaltungsorte verlesen und Lieder mit auf etwa 1000 Personen gesungen. Aus Celle, Osnabrück und Osterode wird berichtet, daß die Maifeier überall glänzend verlaufen ist. Vielfach wird besonders betont, daß die Beteiligung in diesem Jahre eine oft stärkere als in früheren Jahren war.

Braunschweig. In Braunschweig war ein Maifestzug von der Polizeibehörde „verboten“ worden. Der Einbruch gegen den Verbot wurde im Veranstaltungsorte verlesen. Die Vormittags-Versammlung verlief imposant. In der Mittagsstunde zogen die Versammlungsteilnehmer in zweigleisiger Zuge durch die Stadt, mit ihnen Polizeimannschaften, die schon seit Vorgangenen mit umgekehrtem Revolver demonstrierten. Die Eingänge zum Schloßhof waren von Soldaten stark besetzt. Am Abend fand in sechs Sälen der Stadt Festmahl, die sämtlich gut besetzt waren.

Wiesbaden. In neun Lokalen der Stadt und den umliegenden Vororten fanden Versammlungen statt. Die Teilnehmerzahl wird auf 5500 geschätzt. Im Vorjahre waren es etwas weniger. Die Zahl der durch Arbeitstische Feiernenden war nur gering.

In Eisenberg fanden vormittags zwei Versammlungen statt, die größeren Teil auf dem Platz als im Vorjahre. Es waren annähernd 1000 Personen erschienen.

Dortmund. Die Maifeier verlief glänzend. In den vier Demonstrationstagen, die sich von den einzelnen Bezirken des Kreises nach dem Orte der Zentralfeier, Marzen, bewegten, beteiligten sich etwa 10 000 Personen. An dem Zuge durch Dortmund nahmen annähernd 5000 Personen teil. Die Zahl der Teilnehmer an der Zentralfeier stieg im Laufe des Tages auf etwa 14 000.

In Kreutzburg wurden auf einigen Plätzen nur wenige Vergleute eint, so daß der regelmäßige Betrieb nicht aufrechterhalten werden konnte.

Wohum. Im Ruhrbezirk litt die Tagesfeier unter den allgemeinen ungünstigen Umständen. Die Abendveranstaltungen waren meist überfüllt.

Münster. Am Vormittag wurden zwei Versammlungen abgehalten, die von 800 Personen besucht waren. Die Abendfeier in zwei Lokalen wurde zum Teil überfüllt.

Köln. In Köln wurden die Versammlungen trotz der Arbeitstische ebenfalls gut besucht. Die Arbeiterbewegung war ebenso zahlreich beteiligt wie im Vorjahre auf. Bei der Morgenversammlung im „Volkshaus“ waren Saal und Galerien überfüllt. Annähernd 2000 Genossen und Genossinnen waren erschienen. Nachmittags, als die Feiern in kleinen Gruppen aber die Rheinbrücken nach den Lokalitäten in Deutz zogen, stellte sich die Polizei den Umfängen entgegen. Die Arbeiter zogen die Rheinbrücken entgegen. Bestimmte Schuttposten hielten die Straßen und trieben die Spaziergänger auseinander. Die Verpöngten durften nur einzeln die Rheinbrücken passieren und nur verlegte sie bis nach Deutz. Die Erweiterung über dieses Vorgehen der Polizei kam in den zwölf Abendveranstaltungen in Köln und Umgebung lebhaft zum Ausdruck.

In Wachenreut wurde eine unerwartet starke Beteiligung.

Frankfurt a. M. Die Morgenversammlung im Gewerkschaftshaus war überfüllt; ebenso die Nachmittags-Versammlung im gleichen Lokale. Abends fanden in den einzelnen Stadtteilen noch sieben Versammlungen statt, die ungefüllt verliefen.

Halle. Am 1. Mai der Vormittags-Versammlung beteiligten sich über 800 Personen. Die Abendveranstaltung war überfüllt.

Magdeburg. Die diesjährige Maifeier litt sehr unter dem kalten Wetter. In der Vormittags-Versammlung waren etwa 800 Personen; die Besucherzahl am Abend wird auf 3000 geschätzt. Die Arbeitstische waren im allgemeinen gering.

Dresden. Die Arbeitstische wurden in diesem Jahre in der Provinz besonders erheblich durch den Umfängen beeinträchtigt, daß der 1. Mai auf einen Sonnabend fiel. Im Lausitz waren die Abendveranstaltungen besetzt. In Dresden fand am Vormittag eine stark besetzte Versammlung statt, während sich am Abend die Genossen und Genossinnen zu einer feier im Gewerkschaftshaus vereinigten. Am Sonntag vormittag tagte im großen Dresdener Garten-Etablissement eine Massenversammlung unter freiem Himmel.

In Eisenach wurden die streitenden Stimmen einer Straßendemonstration, bei der es zu mehreren Verhaftungen kam. Ingesamt fanden in Eisenach mehr als 40 Versammlungen statt, die durchweg so überfüllt waren, daß Hunderte von Personen unternommen wurden.

Wittenberg. Die Maifeier-Beteiligung war dieses Jahr eine stärkere als bisher. In Wittenberg feierten die Schuhmacher, Schneider und Fabrikarbeiter vollständig. In

einigen Ortschaften wurden auch Nachmittags-Versammlungen mit kleinen Umzügen veranstaltet.

Hamburg. Die Arbeitstische war, mit Ausnahme des Saalens und der Wälder, im großen Maße überfüllt. Vollständig feierte das gesamte Baumgewerbe, ferner die Holzarbeiter der verschiedenen Branchen und eine Menge kleinerer Gewerkschaften. Der Festzug am Vormittag zählte wohl 30 000 Teilnehmer; viele Tausende hatten sich, durch die Maßnahme ausgezeichnet, an den Straßen entlang aufgestellt. Auch in einigen größeren Orten des Hamburger Umgebungs fanden Umzüge statt. Am Abend wurden in Hamburg und den Landorten über 20 Versammlungen abgehalten. Der Festzug, der von herrlichem Wetter begünstigt war, verlief ohne störende Zwischenfälle.

Mitona. Trotz polizeilicher Verhofs fand ein Maifestzug statt, an dem sich mehrere tausend Personen beteiligten. Um 3 Uhr nachmittags strömten die Genossen und Genossinnen nach 8 in Mittelpunkt der Stadt zusammen und der Zug setzte sich nach 5 in Bewegung. Dort trat er nach und die Polizei in Aktion und versuchte den Zug aufzulösen, was ihm aber nur zum Teil gelang. Durch das Eingreifen der Polizei wurde natürlich das Aufgebot mehr wie sonst auf die Demonstration gelenkt, die, freitagsfeierlich klingend, unbeeinträchtigt ihren Lauf fortsetzte. In den verkehrsreichen Straßen in Dillenberg schlossen sich immer neue Scharen an, so daß jetzt über 5000 Personen demnächst begannen. Von den Genossen und Arbeiter der Metallindustrie feierten vollständig.

In Bremen waren die Morgenveranstaltungen gut besucht, eine sogar so überfüllt, daß ein großer Teil der Besucher draußen bleiben mußte. Nach den Versammlungen gingen die Teilnehmer im festgeschlossenen Zuge durch die Stadt nach dem Gartenlokal „Auhofstraße“.

Die Zahl der Demonstrationen betrug, wie im Vorjahre, auf etwa 3000, eine Zahl, die unter Berücksichtigung der Umstände demnächst als eine überaus starken Besuch auf.

Lübeck. Die Morgenfeiern wiesen zahlreiche Beteiligung auf. Der Festzug, an dem sich etwa 5000 Personen beteiligten, führte 30 Bahnen mit.

Dresden. Die Maifeier in Dresden und Umgebung wurde — wenn auch nicht so imposant wie in den Vorjahren — so doch unter ähnlichen Umständen durchgeführt. Der Zug wurde allerdings gering; es fanden sechs Vormittags-Versammlungen statt; nachmittags bewegte sich ein Zug von 5—6000 Personen durch das Innere der Stadt.

Im Plauenischen Grunde bei Dresden hatte das Gewerkschaftsamt einen Umzug mit Musik arrangiert, an dem ebenfalls mehrere 1000 Personen teilnahmen.

Leipzig. Alle Versammlungen, die verkehrsreiche Wirtschaftskrise zu Folge haben, sind gestrichen. In den fünf Vormittags-Versammlungen beteiligten sich 8000 Personen. Nach den Versammlungen zogen die Besucher in losem Zuge nach dem Zentralamtsgebäude, dem König-Albert-Park, von dem aus der Festzug — unter Begleitung von vier Musikbänden — durch den Stadtbezirk in marchierender Ordnung über den Markt. Die Teilnehmer mögen am Zuge beteiligt gewesen sein. Die Zahl der Besucher in der Festhalle am Nachmittage wird auf 20 000 Personen geschätzt. Die auf dem Volkshaus gehörte rote Fahne wurde von der Polizei entführt — ja — fern.

Chemnitz. Hier sammelten sich 1600 Personen früh auf dem Hauptplatz, um 1000 in die geschlossenen Zuge nach dem Stadtbezirk in marchierender Ordnung über den Markt. Die Abendveranstaltungen in den zehn größten Sälen der Stadt waren durchgehend gut besucht.

Wien. Die Maifeier nahm trotz der Krise den üblichen Verlauf. Vormittags fanden elf öffentliche Volksversammlungen statt. In fast allen Lokalen, die in den letzten Jahren von den Windsturm Einigungsstößen abgeblieben waren, war die Arbeitstische im 1. Mai stattfand gut besucht. Daher verließen die Maifeierer fast ohne nennenswerte Maßregelungen. Tausende machten nachmittags einen Ausflug.

Kürnberg. In zwei Morgenveranstaltungen demonstrierten die Arbeiter. Die Holzarbeiter und Bauarbeiter ließen die Arbeit fast völlig ruhen. Dagegen hielt sich die Metallarbeiter sehr aktiv; die großen Fabriken waren alle voll in Betrieb. Die Unternehmer hatten eine Ausperrung bis 6. Mai angeordnet.

Augsburg. Hier war die Zahl der durch Arbeitstische Feiernenden größer als im Vorjahre. Zwei gut besetzte Vormittagsveranstaltungen fanden statt.

In Stuttgart litt der Umfang der Arbeitstische etwas unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise. Die Vormittags-Versammlung im Gewerkschaftshaus waren auf 200 Personen, die in Kanthof auf 200 Personen besetzt. Die Gesamtzahl der Feiernenden war natürlich größer. Die Abendfeiern waren sehr stark besucht.

In Mannheim, Forstheim, Karlsruhe und Freiburg war die Arbeitstische geringer als im Vorjahre. Die Abendveranstaltungen dagegen waren überall stark besucht.

In Mühlhausen i. E. feierten etwa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen. Am Festzuge beteiligten sich nahezu 1200 Personen.

Osnabrück. Die Arbeitstische war infolge der geringeren Teilnahme der Holz-, Metall- und Bauarbeiter, sowie der Schuhmacher geringer als in früheren Jahren. Der Festzug am Nachmittage verlief bei ebenso starker Beteiligung als früher (3000 Personen) sehr gut.

#### Aus der Provinz Sachsen

Im ganzen Regierungsbezirk Magdeburg hatte die Maifeier unter dem abendlichen Regenwetter zu leiden. Infolge dessen fanden keine Versammlungen im Gewerkschaftshaus, die unter freiem Himmel abgehalten werden sollten, im Saale statt. Die Beteiligung ließ zu wünschen übrig; die fünf Abendveranstaltungen waren jedoch glänzend besucht.

In Halberstadt nahmen etwa 500 Personen vor der Vormittags-Versammlung an einem Spaziergange durch die Stadt teil. In Burg bei Magdeburg unternahm 400 Maifeierende einen Ausflug mit Musikbänden. Zwei Abendveranstaltungen waren überfüllt.

In Tangermünde fand am Vormittag eine gutbesetzte Versammlung unter freiem Himmel statt. Die Abendveranstaltung war ebenfalls gut besucht.

Grurt. Am dem Festzuge nahmen 400 Personen teil. Die Abendveranstaltung war von 1600 Personen besucht.

#### Im Regierungsbezirk Westfalen

war die Beteiligung an der Maifeier den Umständen entsprechend nicht weniger als enttäuschend; die nachfolgende Berichte beweisen:





fanatische Wille zu durchsuchen. Die Strafkammer fand den Handlungsgehilfen nur der Delikt (sic) hinreichend überführt; er habe durch seine Neugierde allerdings erst den Anlaß zu dem Einbruch gegeben, jedoch aber doch nicht an der Durchführung des Blases teilgenommen zu haben. Betreffs des Stuhlauers nahm das Gericht an, daß er gemeinschaftlich mit einem oder mehreren Unnennlichen den Einbruch beobachtet haben könne. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Stuhlauer zwei Jahre Zuchthaus gegen den Handlungsgehilfen sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen den Haupttäter auf ein Jahr Gefängnis, gegen den zweiten Angeklagten auf die beantragten sechs Monate.

## Gewerkschaftliches.

### Meißen und Matzegelegen.

Allen dem Textilindustrieverbände angehörigen Arbeitern und Arbeiterinnen in Mühlhausen i. L. wurde am 1. Mai von dem Textilindustriellenverbände gefordert, weil die Arbeiter einer Firma trotz des Verbots die Arbeit am 1. Mai ruhen ließen.

In einer gegen Magdeburger Schuhfabrik wurde am Sonntag morgen förmlichen, etwa 300 Arbeitern, die einige Tage vorher wegen einer Lohnbewegung gekündigt hatten, durch Anschlag ihre Entlassung wegen der Teilnahme an der Meißener mitgeteilt.

### Revent

wurde nach geschwundener Dauer der Kohlenarbeiter in ein in die. Es ist ein Tarif auf die Dauer von vier Jahren vereinbart worden, nach dem für das Wöchigen der Löhne Kohlen in den nächsten vier Jahren 68, 68, 70 und 72 Pfg. gezahlt werden sollen. Der Stundenlohn soll 48, 48, 50 und 52 Pfg. betragen. In den ersten Jahren bedeutet diese Bestimmung eine kleine Verschlechterung gegen die jetzigen Arbeitsverhältnisse, wo für die Kohlen 70 Pfg. und ein Stundenlohn von 50 Pfg. gezahlt wurde. Gegenüber den von den Unternehmern beschlossenen Verschlechterungen, die 60 Pfg. für die Kohlen und 40 Pfg. Stundenlohn gaben wollten, ist es jedoch ein Erfolg.

### Wächter, Maurer!

In Württemberg bei Weimar haben die Maurer wegen Nachregelungen von Verbandsmitgliedern, die als Antwort auf eine 38 Pfg.-Stundenlohnforderung erfolgten, die Arbeit niedergelegt. Zugut ist streng ferngehalten. Im Ausland stehen ferner die Dacheckergehilfen von Erfurt. Zugut ist streng ferngehalten!

Wenn Unternehmern Gehege verlesen. Die Glashüttenbesitzer können sich noch immer nicht mit der Bundesratsverordnung betr. das Verbot der Sonntagsarbeit in den Tafelglasfabriken befriedigen. Sie übertreten, wo sie können, diese Bestimmung, und werden bei den minimalen Strafen, die wegen solcher Übertretungen von den Gerichten ausgesprochen werden, in dieser Praxis noch lange fortfahren. Der Geschäftsführer der Firma Kirchbaum und Wellwig in Firma hatte am Streiktagen arbeiten lassen, und erhielt darauf von der Amtshauptmannschaft eine Strafverfügung von 150 Mark, gegen die er gerichtliche Entscheidung beantragte. Das Schöffengericht teilte es aber bei dieser Strafe, weil er schon wegen ähnlicher Delikte vorbestraft war. Er legte nunmehr Berufung beim Landgericht ein, und dieses teilte die Strafe auf 150 Mark. In der Begründung des milden Urteils wurde auf die „äußere Lage“ hingewiesen, in die die Glashüttenbesitzer durch die Sonntagsarbeitsbestimmungen gekommen seien. (1) Auch habe der Angeklagte glauben können, die oberen Instanzen werden in einer anderen Sache — er hatte gegen eine Strafverfügung in ähnlicher Sache von 20 Mark die Sache durch sieben Instanzen bis zum Oberlandesgericht laufen lassen — ein anderes Urteil fällen. (2) Bei solcher „Begründung“ und solcher Milde werden die Verhöfe gegen die den Glashüttenbesitzern schwer im Magen liegenden Bundesratsverordnungen nicht so bald verschwinden.

## Allerteil.

Der Laufen in Amerika. Neuhoi, 2. Mai. Der Sturm hat viel größeren Schaden angerichtet, als man zuerst angenommen hat. 202 Tote und 800 Verletzte sind bisher bekannt. Der Schaden geht in die Millionen.

Infolge der Wirbelstürme sind auf dem Kuban- und Ostsee zwei Schiffe, die Schonerboot „George Beller“ und der Schleicher „Batavia“, gesunken. Ein Besatzungsmitglied an Bord des „George Beller“ befand sich die Besatzung des „Batavia“ von 15 Mann ertranken.

## Gewitterstürme.

Rassel, 2. Mai. Im ganzen Distrikt wehten Gewitter, Hagel und wolkensüchtiges Regenwetter ab. Bei dem heftigen Unwetter wurde ein Blitz in den Kirchturm von Hiltberten ein. Die Straße wurde in Brand gesetzt und vollständig zerstört. Auch in der Parkstraße des Dorfes Dorst schlug der Blitz. Auch in den Ämtern, die zu einer Gefängnisstrafe verurteilt waren, trat eine Panik aus. Mehrere wurden ohnmächtig.

## Die schwarzen Wägen im Kleinland.

Duisburg, 1. Mai. Im benachbarten Sonderbrücken im Kranenbau auf schwarzen Boden eine Kranenlokomotive, der Kranist geistliche und ein Knecht. Der Knecht ist bereits gestorben.

## Bergmannsdorf.

Essen, 30. April. Auf der „Höhe“ bei Buer wurden vier Bergarbeiter durch Erbsenmilch vergiftet, zwei von ihnen konnten nur als Leichen geborgen werden.

## Die Wägen des Herrn Bergmeisters.

Rassel, 2. Mai. Im Walde bei Gersdorf im Kreise Herzogtum ergriff die Hitze die Wägen der dort vertriebenen Wildbieren einen verfallenen Lieberwägenbesitzer eingeholt hatten. Der Bürgermeister des Dorfes Alsdorf, einen sehr verdächtig (!) Mann, beim Wildern. Er hatte mit einem Verwandten, einem reichen Bauerngutsbesitzer, Schillingen gelegt, in denen er Alkohol fang. Bei der Hausdurchsuchung wurden noch einige Mehlstäbe gefunden.

## Kalkschmüger.

Dresden, 2. Mai. Von der hiesigen Polizei wurden gestern acht Kalkschmüger dingfest gemacht. Wede, ein arbeitsloser Arbeiter aus Dresden und ein Kalkschmüger, lofer Bierausgeber, hatten es unternommen überreichliches Bierpapier auf 20, 50 und 100 Kronen herzustellen, um es dann jenseits der Grenze in Oesterreich abzugeben. Durch eingehende Recherchen gelang es wichtiges Beweismaterial zur Stelle zu schaffen und die Kalkschmüger zu überführen.

## Waische.

Hienzburg, 2. Mai. Bei starkem Schneeeiszug trat gestern in ganz Schleswig-Holstein harter Schneefall ein.

## Der Herr Oberrentant.

Niel, 30. April. Unter dem Verdacht der Unterschlagung von Kassegeldern ist der Oberrentant z. S. Schulz in Untersuchungshaft genommen worden.

## Verfassungsverichte.

Sachsen. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntag, den 28. April, fand eine Mitgliederversammlung in Wähls statt, die auf Befehl war. Der Kassierer Schmidt gab Bericht vom letzten Quartalsabschluss. Befund vom vorigen Quartale 61,71 Mk.; Einnahme 306,10 Mk.; Ausgabe 255,04 Mk.; hier von 150 Mk. an die Hauptkasse abgeführt, bleibt ein Kassenbestand von 217,71 Mk. Zur Waische wurde Stellung genommen. Der Vorsitzende, Genosse Heilmold, hat infolge Krankheit sein Amt niedergelegt und wurde für ihn Genosse Hübel, Wähls, gewählt. Im Verzeichnis wurden folgende Beschlüsse über die Kassefrage. Die Wägen, welche größtenteils auf Arbeiterschaft angewiesen sind, verfallen sich immer noch als lebend; es soll eine gemeinschaftliche Sitzung mit den Gewerkschaftsverbänden stattfinden und die nötigen Schritte unternommen werden. Ferner wurde die Konsumvereinsverwaltung kritisiert, weil sie in einem nichtigen und in Kaufmannsverhältnissen will. Die Verwaltung, die zum größten Teil erstens war, rechtfertigte sich damit, daß in Sachsen kein Lokal den Arbeitern zur Verfügung ließe, weshalb das städtische „Schützenhaus“, das zu Generalversammlungen, Tischbühnen, Unterabendstagen usw. seit Bestehen des Vereins zur Verfügung ließe, genommen werden sei. Es bestünde ein gewisser Mangel nach Raum und solle deshalb den Konsumvereinsmitgliedern etwas geboten werden. Eine bestimmte Partei könnte nicht berücksichtigt werden, weil die Politik im Konsumverein ausgefallen werden müsse. Als Politiker müsse man ganz genau, was man zu tun habe, aber als Gewerkschaftler habe man die Interessen der Gewerkschaft zu wahren. Nach einem Appell an die Parteigenossen, die Lokale zu unterstützen, welche aus zur Verfügung stehen, und sich mehr in das Parteileben zu betreiben, wurde Lesen von Schriften, nach die Versammlung ihren Abgibt.

## Legte Nachrichten und Depeschen.

Der Kaiser arbeitet. Konstantinopel, 3. Mai. In kurzer und energischer Weise wurde gestern früh mit dem letzten Rest der Marineinfanterie aufgeräumt. Heute früh noch angeht die ersten Einrückungen von berechneten Meuteren und Anführern, darunter auch die Köpfe des Jughimnistrs, stattfinden.

## Die Gefangenen.

Saloniki, 3. Mai. Aus der Hauptstadt kamen gestern Hunderte von Gefangenen hier an, unter welchen sich ein gewisser Tahir Pascha, ein Vertrauensmann Abdul Kamis, befindet. Hier verläuft, der griechische Patriarch in Saloniki, sei schwer kompromittiert und verhaftet; sein eigener Klerus in Moschoton habe ihn angeklagt.

## Gewitterstürme.

Konstantinopel, 3. Mai. 28 französische Missionschwestern aus St. Vincent de Paul retteten sich aus Adana und telegraphierten hierher, daß fast alle Christen in Adana ausgerottet seien. Das dortige Jesuitenkolleg ging in Flammen auf.

## Zales Guedde.

der ergrante Führer der französischen Bruderpartei ist, wie aus Paris gemeldet wird, schwer erkrankt. Hoffentlich gibt die Krankheit zu ernsten Befürchtungen keinen Anlaß, und Genesung erfolgt sich bald wieder.

## Die Municipalwahlen in Spanien.

Madrid, 3. Mai. Die Republikaner scheinen bei den gestern stattgefundenen Municipalwahlen den Sieg errungen zu haben. In Bilbao wurden neun Nationalisten, fünf Karlisten, fünf Republikaner, drei Sozialisten und ein Demokrat gewählt. Von den übrigen Bezirken liegen die Ergebnisse noch aus.

## Schneeewetter in Frankreich.

Paris, 3. Mai. Lieber ganz Frankreich ist eine Kältewelle hinübergeglitten, besonders über die Departements Bay de Drome, Seine et Loire, Haute Loire und über die Vogesen. Es herrscht andauernder Schneefall. Die Samen sind vernichtet. Der angegriffene Schaden beläuft sich auf Millionen.

## Schwerer Raunfall.

Berlin, 3. Mai. Auf dem Gelände der hiesigen Gasanstalt in der Danzigerstraße ereignete sich gestern ein schwerer Raunfall. Bei dem Einbruch eines Baugerüsts wurde ein Arbeiter erschlagen, während zwei andere lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

## Briefkasten der Redaktion.

J. J. Ziegen. Bericht ist vom 20. April eingegangen. Wird in den nächsten Tagen kommen. Bei dem großen Andrang von unaufrichtbarem Stoff müssen leider diese Berichte immer etwas zurückgestellt werden.

## Verfassungsverichte.

Im Inzeratenteil der heutigen Nummer werden folgende Verfassungsverichte veröffentlicht:

- Halle. Maurer, Witkowski, 8. Mai.
- Reiße. Metzler und Holzarbeiter, 10. Mai.
- Reiße. Ess. Berlin, Dienstag, 4. Mai.
- Dierfeld. Konsumverein, Sonntag, 3. Mai.
- Wittenberg. Christenanstalt, Sonnabend, 8. Mai.

Zur Gründung einer eignen Presse im Zeiter Kreise. Zeit. Vom Ball der kombinierten Gewerkschaften 3.71 Mk. A. Koppel.

## Manfelder Kreise.

Folgende Lokale stehen der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung:

- Alteisen, Pappstübli Restaurant.
  - Eisenbahn, Baum Bürgergarten.
  - Erdeborn, Dörings Gasthaus.
  - Eisenbahn, Gewerkschaftshaus, Langestraße 15.
  - Schulhaus, Bürgergarten (Wägen).
  - Zentralklub, Zur Fortuna (Reifner).
- Benutzungen sind der Arbeitslosigkeit zu melden.

# Caferin

Koffeinloser Ersatz für Bohnenkaffee. Ärztlich warm empfohlen. 1/2 Pfd. (ausreichend für 200 Tassen) 50 Pfg., 1/2 Pfd. 25 Pfg. Inhalt: 1 Kolonialwaren-Handlung. Vert.: Hermann Pollmer, Halle a. S., Hallestr. 4.

### Neu. Karsbücher für Sommer 1909.

Storms wasser, für Hoch 80 Pfd. Mittel- u. Westdeutschland 50 Pfd. Storms Königs Mittel- u. Norddeutschland 50 Pfd. enthält den Blitz-Fahrplan, Wichtigste Eisenbahnen, Fahrpläne, Orts- und Reisegeographie. Nordböhmen 25 Pfd. Zu beziehen durch die Volks-Buchhandlung, Halle a. S., S. 42/43.

### Ackerhöfe und Güter.

namentlich die sich z. B. in der Provinz R. Flernig, Neuhaldensleben. Käufwahren jeder Art bef. bill. Alh. Ackermann, Mühlberg 10.

### Arbeitsmarkt.

Ortstellung sucht berlangte die Deutsche „Leitungsamt“ Esslingen 156.

### Krankenbesucher.

für größere Krankenhäuser in Halle gesucht. Selbstgeschriebene Dienerin u. Lebenslauf unter B. D. 130 an Hausbesitzer, Halle, erbeten.

Bei 1000 Abreisen 8 Mk. u. mehr. Dauernde Beschäftigung Rob. Gruss, Altr. - Berlag 6511.

### Weissnäherinnen auf Herrenwäsche.

sucht H. G. Waddy-Pollack. Zu melden K. Sandberg 22.

### Aus der Tiefe.

Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter. Von Adolf Levenstein. Preis 1.00 Mark. Zu beziehen durch die Volks-Buchhandlung Halle a. S., S. 42/43.

### Parteichriften „Zweitschicht“.

### Ständesamliche Nachrichten.

Halle-Güd, Steinweg 2, 30. April.

**Verlegungen:** Kaufmann Großmeyer und J. W. Wille (Hallestr. 15). Abteilungsarzt Dr. med. Gierke u. Alexandrine Druus (Wartburg und Halle a. S.).

**Verlegungen:** Wnigl, Berginspektor Dahms und Elisabeth Große (Haldenburg u. Mühlentrasse 17).

**Schwarz:** Former Diegel I. (Mühlentrasse 29). Arbeiter Damberger S. (Schützenstraße 10). Arbeiter Silber I. (Spitze 6). Tischler Dornau I. (Springerstraße 20). Maschinenführer Fußmann I. (Spitze 6). Schriftführer Dumb I. (Reifenstr. 8). Schlosser Steintopf I. (Kandenbergstraße 22).

**Schwarz:** Wnigl, Amalie Produktions-Verleger, 68 J. (Reifenstr. 17). Maurers Schmidt (Ehrf. geb. Hoffe, 30 J. Weinbergstr. 38). Müller Gerold aus Wittenberg, 21 J. (Gartenstraße 20). Kaufmann Damburg u. Wnigl, (Reifenstr. 20). Schriftführer Schürburg S., 23 J. (H. Wniglstr. 8). Kaufm. Damburg (Ehrf. geb. Schneider 48 J. (Ehrenstr. 24).

**1. Mai:** Aufgehoben: Kaufmann 206 u. Anna Kaufmann (Haldenstr. 1). Aufgehoben: Kaufmann 206 u. Anna Kaufmann (Haldenstr. 1). Aufgehoben: Kaufmann 206 u. Anna Kaufmann (Haldenstr. 1). Aufgehoben: Kaufmann 206 u. Anna Kaufmann (Haldenstr. 1).

### Gewerkschaften Arbeiter-Sonnenstr. 166.

Wnigl, 166 Wniglstr. 166. Schriftführer Dornau I. (Springerstraße 20). Maschinenführer Fußmann I. (Spitze 6). Schriftführer Dumb I. (Reifenstr. 8). Schlosser Steintopf I. (Kandenbergstraße 22).

**Schwarz:** Wnigl, Amalie Produktions-Verleger, 68 J. (Reifenstr. 17). Maurers Schmidt (Ehrf. geb. Hoffe, 30 J. Weinbergstr. 38). Müller Gerold aus Wittenberg, 21 J. (Gartenstraße 20). Kaufmann Damburg u. Wnigl, (Reifenstr. 20). Schriftführer Schürburg S., 23 J. (H. Wniglstr. 8). Kaufm. Damburg (Ehrf. geb. Schneider 48 J. (Ehrenstr. 24).

**1. Mai:** Aufgehoben: Kaufmann 206 u. Anna Kaufmann (Haldenstr. 1). Aufgehoben: Kaufmann 206 u. Anna Kaufmann (Haldenstr. 1). Aufgehoben: Kaufmann 206 u. Anna Kaufmann (Haldenstr. 1).

### Gewerkschaften Arbeiter-Sonnenstr. 166.

Wnigl, 166 Wniglstr. 166. Schriftführer Dornau I. (Springerstraße 20). Maschinenführer Fußmann I. (Spitze 6). Schriftführer Dumb I. (Reifenstr. 8). Schlosser Steintopf I. (Kandenbergstraße 22).

**Schwarz:** Wnigl, Amalie Produktions-Verleger, 68 J. (Reifenstr. 17). Maurers Schmidt (Ehrf. geb. Hoffe, 30 J. Weinbergstr. 38). Müller Gerold aus Wittenberg, 21 J. (Gartenstraße 20). Kaufmann Damburg u. Wnigl, (Reifenstr. 20). Schriftführer Schürburg S., 23 J. (H. Wniglstr. 8). Kaufm. Damburg (Ehrf. geb. Schneider 48 J. (Ehrenstr. 24).

**1. Mai:** Aufgehoben: Kaufmann 206 u. Anna Kaufmann (Haldenstr. 1). Aufgehoben: Kaufmann 206 u. Anna Kaufmann (Haldenstr. 1). Aufgehoben: Kaufmann 206 u. Anna Kaufmann (Haldenstr. 1).